Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Die im vergangenen März erfolgte *Annahme des Landwirtschaftsgesetzes* in der Volksabstimmung beginnt einige deutliche *Auswirkungen* zu zeigen, bevor noch die Anwendung des Gesetzes praktisch geworden ist. So spielen diese Auswirkungen vorerst auf dem psychologischen Felde, aber sie werden hier in besonderem Maße bemerkbar. Die Tatsache, daß das Volk zum Landwirtschaftsgesetz Ja gesagt hat, gibt den Begehren der Bauernschaft naturgemäß starken Auftrieb, wie man es im Verlaufe der vergangenen Wochen deutlich beobachten konnte. Zwar sah der Bundesrat davon ab, auf die Begehren der schweizerischen Milchproduzenten und des Bauernverbandes um Erhöhung des Milchpreises einzugehen. Zweifellos war dieser Entscheid nicht zuletzt politischen Erwägungen zuzuschreiben, die im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 23. November angestellt worden waren. Aber der Bundesrat zögerte nicht, im gleichen Zuge auf einem andern Gebiet der Landwirtschaft in starkem Maße entgegenzukommen, indem er Maßnahmen zur Stützung der Schlachtviehpreise beschloß, welche im Lande herum berechtigtes Aufsehen erregt haben. Es ist kein Zweifel, daß durch diese Maßnahmen die Ablehnung der Erhöhung des Milchpreises weitgehend kompensiert wurde, wobei außerdem noch der Vorbehalt anzubringen ist, ob nicht auf den 1. Mai des nächsten Jahres ein neues Milchpreisbegehren, dann mit besserem Erfolg, gestartet wird. Die Maßnahmen auf dem Schlachtviehmarkt gründen auf die Tatsache eines Überangebotes von Schlachtvieh II. Qualität, das auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist, wobei die Trockenheit dieses Sommers eine wesentliche Rolle gespielt hat. Um nun der Gefahr zu begegnen, welche durch ein Überangebot im Inland für die Richtpreise beim Schlachtvieh I. Qualität eingetreten wäre, hat sich der Bundesrat zum subventionierten Export eines großen Teiles des Überschusses entschlossen. Nun ist freilich zuzugeben, daß die Richtpreise der Produzentenschaft seit langem garantiert sind. Anderseits aber sind die Fleischpreise heute so hoch, daß die beschlossene Maßnahme unter den Konsumenten beträchtliches Aufsehen erregt hat. Bei einer Erhöhung des Lebenskostenindexes um ungefähr 70% stellen sich die Fleischpreise heute ausnahmslos um über 100% höher als vor dem Krieg, und man hätte es deshalb in dem Kreise der Konsumentenschaft begrüßt, wenn die Millionenbeträge an Steuergeldern, welche für die Subventionierung des Exportes aufgewendet werden müssen, der Entlastung des Inlandmarktes zugute gekommen wären. Allein der Bundesrat hat davon abgesehen, auf diese Stimmen zu hören. Es ist nun bezeichnend, daß die dargelegten Umstände gerade in der sozialdemokratischen Presse eine sehr kritische Beleuchtung erfahren haben. Diese Tatsache ist deswegen interessant, weil sie beweist, daß die unablässigen Bemühungen, auf dem politischen Felde zu einem rot-grünen Bündnis zu kommen, in Abständen immer wieder durch die Schutzmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft gestört

werden. Außerdem ist dieser Umstand auch deswegen bemerkenswert, weil er zeigt, wie sehr in breiten Kreisen der Konsumentenschaft sich unter dem Drucke solcher Maßnahmen allmählich eine deutliche Mißstimmung ansammelt. Die Gefahr besteht zweifellos, daß im Falle einer weiteren Verdeutlichung der Schutzmaßnahmen zugunsten der Landwirtschaft sich mit der Zeit eine Bewegung kristallisiert, welche dieser Politik aus der Masse der Konsumentenschaft heraus gefährlich werden könnte. Denn schon mehren sich die Stimmen, welche eine straffe Organisierung der Konsumenten in die Wege leiten wollen, und es steht zu erwarten, daß diese Bewegung fortschreitet, wenn die Politik der amtlichen Stellen, die sich unter dem Eindruck der Annahme des Landwirtschaftsgesetzes in so sichtbarem Maße verstärkt hat, nicht rechtzeitig in ruhigere Bahnen zurückgeführt wird.

Jann v. Sprecher

Amerikanischer Brief

Die Präsidentschaftswahlen

Die Wahlvoraussagen (Public opinion polls) wurden diesmal weit vorsichtiger gehandhabt als 1948. Sie haben sich auch diesmal nur bedingt verläßlich erwiesen. Das Ausmaß des Wahlsieges der Republikaner, besser gesagt des persönlichen Erfolges Eisenhowers, war nicht vorhergesehen. Immerhin ist Gallup (George H. Gallup, Gründer und Leiter des American Institute of public opinion) nach der viel besprochenen Fehldiagnose anläßlich der letzten Truman-Wahlen rehabilitiert. Die letzte Voraussage am Vorabend der Wahlen («US. News and World reports», 31. Oktober) gab Eisenhower einen schmalen Vorsprung, den Republikanern eine Gewinnchance im Repräsentantenhaus und den Demokraten die Mehrheit im Senat.

Alle Voraussagen sicherten sich für alle Fälle durch Annahme einer entscheidenden Reserve von «unentschiedenen Wählern» (nach Gallup 13 %); im übrigen verzeichneten sie ein ständiges Aufholen des demokratischen Kandidaten und entsprechenden Geländeverlust seines republikanischen Opponenten.

Die allenthalben durchgeführten «Barber-shop-polls» (Kundenbefragungen in Friseurgeschäften) zeigten eine — wenn auch bescheidene — Mehrheit für Gouverneur Stevenson. Entgegen sonstiger Gepflogenheit waren Geldwetten selten. Nach der Auffassung des Berichterstatters, in Übereinstimmung mit der allgemeinen Meinung zumindest am Ort (Missouri, Mittel-Westen), war mit einer ungewöhnlich starken Wahlbeteiligung, sehr knappen Resultaten und in den größeren Städten mit einem klaren und eindrucksvollen Vorsprung Stevensons zu rechnen.

* * *

Es ist anders gekommen. Der Wahlsieg war umfangreicher als er selbst im optimistischen Hauptquartier der Republikaner erwartet werden konnte.

Eisenhowers Gewinnspanne

war in vielen Staaten (z. B. New York) bedeutend höher als im Voranschlag. Andere Staaten (Texas) fielen ihm zu, die nach Gallup zum voraussichtlichen demokratischen Bestand gehörten. Von einem knappen Wahlausgang war — entgegen allen Voraussagen — im ganzen nicht die Rede.

Der neue Präsident wird zum Unterschied von seinem Vorgänger Truman (1948), aber auch von Wilson (1912 und 1916) kein «Minderheitspräsident» sein; das heißt, er kann sich neben der klaren Mehrheit der Elektoren (die nach Staaten geschlossen ihre Stimme abzugeben haben, entsprechend der Mehrheitsentscheidung der Wähler in den einzelnen Staaten) auch auf eine klare Mehrheit der Wählerstimmen im ganzen stützen. Präsident Truman wurde 1948 mit 49% der insgesamt abgegebenen Stimmen, Wilson 1912 mit nur 42%, und bei seiner Wiederwahl 1916, unmittelbar vor Eintritt der USA in den Krieg, mit rund 49% der Stimmen gewählt.

Wenngleich zur Stunde die Stimmen der Fernwähler (Absentee vote, z. B. der Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte im Ausland) noch nicht gezählt sind, wird sich am Endresultat nichts mehr ändern. Darnach steht fest, daß Eisenhower mit 33,9 Millionen Stimmen die höchste Stimmenzahl erreichte, die jemals für einen amerikanischen Präsidenten abgegeben wurde; der bisherige Rekord stand auf 27,5 Millionen Stimmen, die 1936 für Roosevelt abgegeben worden waren. Damit hat General Eisenhower mit einer Mehrheit von 6,6 Millionen Stimmen über seinen Gegner gesiegt. Nachdem die Gesamtstimmenabgabe sich auf rund 61,5 Millionen belief, vermochte Eisenhower mit 55,1% aller Stimmen eine klare Mehrheit auf sich zu vereinen.

Eine Mehrheit von 39 (unter zusammen 48) Staaten hat Eisenhower gewählt, darunter alle größeren und volksreichen Staaten, einschließlich Massachusetts (mit Boston), das bei den Wahlen für den letzten erfolgreichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten (Hoover, 1928) demokratisch gewählt hatte. Es ist richtig, daß Wilson (1912), Hoover (1928) und Roosevelt (1932 und 1936) mehr als 40, Roosevelt 1936 sogar 46 Staaten für sich buchen konnten; aber nur Roosevelt erreichte bei seiner zweiten Wiederwahl (1936) eine erheblich größere Wählerstimmenmehrheit (an die 10 000 000), als die Eisenhowerwahlen ergaben. Truman siegte 1948 nur in 28 Staaten. Der vielbesprochene Einbruch der Republikaner in die Zone der demokratischen Südstaaten (Gewinn von Texas, Florida, Virginia und Tennessee) war die erste Wiederholung des bisher nur einmal gelungenen Versuches unter Hoover. Ein gewichtigeres Argument für Eisenhower ist die Tatsache, daß diesmal zum ersten Male in der Geschichte amerikanischer Präsidentenwahlen die Wahlbeteiligung rund 80 % erreichte.

Daß der Erfolg Eisenhowers in erster Linie ein persönlicher und erst im gemessenen Abstand ein solcher seiner Partei war, ergibt sich aus der Tatsache, daß der republikanische Sieg bei den gleichzeitigen Kongreß- und Länder (Staats)-wahlen mit dem des Präsidentschaftskandidaten nicht Schritt halten konnte. Mit andern Worten, viele Amerikaner wählten Männer und nicht in erster Linie einen Parteivorschlag, was in ihrer gleichzeitigen Stimmabgabe für Kandidaten beider Parteien zum deutlichen Ausdruck kam. So entschied sich z. B. Massachusetts für den republikanischen Präsidentschafts- und den demokratischen Senatskandidaten, Ohio für Eisenhower und den republikanischen Senats-, aber den demokratischen Gouverneurkandidaten; Missouri für Eisenhower, aber im übrigen hinsichtlich Kongreß und Landtag demokratisch. Immerhin blieben die Republikaner auch in den Kongreß und lokalen Wahlen im Gesamtergebnis erfolgreich. Im Senat standen 35 von zusammen 96 Sitzen zur Debatte im Wahlkampf. Die Republikaner gewannen 23, die Demokraten 12 von diesen. Im neuen Senat stehen 47 Demokraten 48 Republikanern und 1 «unabhängigen» Republikaner gegenüber; den Vorsitz führt der republikanische Vizepräsident. Die Wahlen zum Repräsentantenhaus (zusammen 435 Sitze) ergaben eine, wenn auch knappe republikanische Mehrheit.

Als eine amerikanische Besonderheit mag nebenbei die Tatsache Erwähnung finden, daß Ohio — wohl zum ersten Male in der parlamentarischen Geschichte — Mutter und Sohn (beide auf dem republikanischen Wahlvorschlag) als Abgeordnete ins Repräsentantenhaus nach Washington entsandte.

Unter 30 neu zu wählenden (Staats-) Gouverneuren erzielten die Republikaner einen Gewinn von fünf über ihren bisherigen Besitzstand, so daß jetzt 30 republikanische 18 demokratischen Gouverneuren gegenüberstehen. Alle großen und volksreichen Staaten, mit Ausnahme von Texas und Michigan (Detroit), stehen nunmehr unter republikanischer Verwaltung. Somit hat der neue Präsident alle Aussicht auf Zusammenarbeit mit einem seiner Regierung freundlichen Kongreß. Dies hat, wie alles in der Politik, seine zwei Seiten. Einmal werden manche Schwierigkeiten, mit denen Truman infolge der abweichenden politischen Meinung des Kongresses zu kämpfen hatte, voraussichtlich in Wegfall kommen. Anderseits erwartet die öffentliche Meinung, daß der neue Präsident hiemit freie Hand hat, seine Wahlversprechungen zu erfüllen; und deren sind nicht wenige gewesen.

Wie ist der Wahlerfolg zu erklären?

Nach Ansicht des Berichterstatters nicht in erster Linie, vielleicht überhaupt nicht durch die auf beiden Seiten sehr intensiven — und kostspieligen Bemühungen des Wahlkampfs. Berichten zufolge hat allein das letzte Samstagabend-Television-Programm, das dem Wahltag voranging, die beiden Parteien zusammen runde 500 000 $ gekostet. Die Geldaufwendungen dürften sich auf beiden Seiten ungefähr die Waage halten.

1948 begründeten die Republikaner ihren Mißerfolg damit, daß ihr Kandidat angeblich sich nicht der nötigen «populären» Wahlrhetorik bediente. Ein ähnliches Argument steht diesmal der besiegten Partei nicht zur Verfügung. Gouverneur Stevenson, an dessen Aufrichtigkeit und Befähigung auch seine ernsten politischen Gegner nichts aussetzen konnten, hat nach Form, Inhalt und Gemeinverständlichkeit eine schlechthin vollendete Wahlkampagne geliefert. Soweit es auf Überzeugungskraft und Glanz der Formulierung ankam, war er, der gelernte und erfahrene Politiker, seinem Gegner klar überlegen.

Der Nachteil der notgedrungenen Identifizierung mit der Regierungspolitik der letzten Jahre hat sich als stärker denn der Vorteil einer Unterstützung durch den Regierungsapparat erwiesen. Außerdem hatte Stevenson von Anfang an gegen den Mythos des Namens Eisenhower und die imponierende historische Leistung, die mit ihm ausgedrückt ist, zu stehen. Dies war, wie sich nunmehr herausgestellt hat, ein verlorenes Beginnen. Dennoch aber ist der bis zur demokratischen Konvention im Juli 1952 so gut wie unbekannte Stevenson auf Grund seiner persönlichen Werbung seither zur unbestritten stärksten Figur im demokratischen Lager emporgewachsen und kaum ein Demokrat könnte sich zur Zeit einen nächsten demokratischen Präsidenten vorstellen, der nicht Adlai Stevenson hieße. Dieser Umstand gehört zweifellos zu den ungewohnten Besonderheiten dieser letzten Wahlkampagne.

Diese selbst war nicht viel sachlicher oder unsachlicher geführt als irgendwo sonst in der Welt, wohl aber, aller leidenschaftlichen Erhitzung der Gemüter zum Trotz, ohne nennenswerte Zwischenfälle. Kein einziger Fall einer Versammlungsstörung wurde berichtet. Von insgesamt zwei Eiern und einer Tomate war gelegentlich als Versuch handgreiflicher Gegenargumentation die Rede und auch diese wurden nur auf offenem Felde verwendet...

* * *

Wer gab den Ausschlag? — Eine weitverbreitete Ansicht geht dahin, daß die jungen Wähler zwischen 21 und 30, und die Frauenstimmen entschieden. Dazu kommt zweifellos die Rückkehr der überwiegenden Mehrheit landwirtschaftlicher Interessenten (farmer-vote) ins republikanische Lager. Stevenson hatte die offi-

zielle und nachdrückliche Unterstützung aller großen Gewerkschaften. Trotzdem ging offensichtlich ein beträchtlicher Teil der Arbeiterstimmen zu Eisenhower. Dies beweist einmal mehr, daß die Gewerkschaftsführer in USA nicht in der Lage sind, die Arbeiterschaft politisch zu kontrollieren, was ihrer starken wirtschaftlichen und sozialpolitischen Position keinen Abbruch tut. In großen Städten wie Chicago und New York stimmten offensichtlich auch starke Volksgruppen, wie z. B. die Polen, für die Republikaner, weil sie die demokratische Regierung für Yalta und Potsdam verantwortlich hielten.

Die Vorhersage, daß eine starke Wahlbeteiligung seitens der bisherigen Nicht- oder doch nicht-parteigebundenen Wähler einen demokratischen Erfolg begünstigen werde, hat sich nicht bestätigt. Die Masse der politisch bisher obdachlosen «White-collar-worker», dazu gehört das Heer der kleinen Angestellten, hat sich für Eisenhower entschieden. Hingegen stimmte die Prognose hinsichtlich der Neger, die zu 80% dem demokratischen Kandidaten folgten. Die Erklärung ist unschwer im «Civilright-Program» der demokratischen Regierung zu finden, während die breite Kategorie der Privatbeamten, Angestellten, Lehrer usw. im wirtschaftlichen Wettbewerb mit andern Bevölkerungsschichten sich benachteiligt fühlte.

Bedeutet der Regimewechsel in USA eine Rückkehr zum Isolationismus?

Auf keinen Fall! Ähnliche Befürchtungen entbehren jeglicher Begründung. Das aktive Interesse an Europa wird weiterhin mit allen Konsequenzen bestehen. Gewisse Änderungen in Ausmaß und System der bisherigen Europahilfe wären auf alle Fälle unausbleiblich gewesen. Eine realistischere Einstellung in dieser Hinsicht, auf amerikanischer wie europäischer Seite, wird letzten Endes beiden Teilen nur nützen.

Wenn die Eisenhower-Regierung hält, was die Wählerschaft von ihr erwartet, dann wird sie mit Budgeteinsparungen beginnen, die, ohne die Wehrkraft zu gefährden, die Stabilität des Geldwertes sichern und in weiterer Folge Steuersenkungen ermöglichen. Dies wird eine Reduzierung des überdimensionierten bürokratischen Apparates mit sich bringen und eine Abkehr von allzu betonten zentralistischen Organisationstendenzen.

Natürlich bleibt ein Großteil des Interesses auf außenpolitische Fragen konzentriert. Die amerikanische Wählerschaft erwartet von ihrem neuen Präsidenten eine starke und zielbewußte Führung zum Frieden.

Eine Antwort, wie der Koreakrieg zum Abschluß gebracht werden könnte, wurde im Wahlkampf von keiner Seite gegeben. Eisenhowers Versprechen, sich an Ort und Stelle von den Möglichkeiten zu überzeugen, ist sicherlich auf viele direkt interessierte Wähler und Wählerinnen nicht ohne Einfluß geblieben. Daß dieser Krieg als solcher, zusammen mit der Höhe der Steuer- und Preislast, dem sinkenden Geldwert, der russischen Hypothek von Yalta und Potsdam, der seit dem letzten Krieg nicht genügend behobenen, und damals verständlichen Infiltration von Prokommunisten und europäischen Linksemigranten in einflußreiche Staatspositionen, vor allem im Außenministerium, — und, zusammen mit der jedem Zweiparteiensystem innewohnenden natürlichen Dynamik, zum Verdikt einer Wählermehrheit gegen die Regierung im Amt geführt hat, ist weiter nicht verwunderlich. Demgegenüber befanden sich die Demokraten, trotz der hervorragenden Führung durch Stevenson, klar im Nachteil; ihr nachträgliches Verweisen auf die Gedankenassoziation von Depression und republikanischer Verwaltung, die Mißerfolge des militärischen Präsidenten Grant (1865), die isolationistische Vergangenheit namhafter republikanischer Führer, war an Durchschlagskraft den Gegenargumenten unterlegen; unter denen spielten die Verlustlisten von Korea und die allein seit 1949 um 30% gestiegenen Preise eine sehr ausschlaggebende Rolle.

Wahlen werden häufig genug nicht durch Argumente, sondern durch einprägsame Schlagworte entschieden. Eisenhower prägte sein bekanntes «it is time for a change» (wir brauchen einen politischen Wechsel); Stevenson parierte mit: «Let us talk sense to the American people» (der amerikanische Wähler verträgt und hat Anspruch auf Vernunft-Argumente).

Im Verlaufe des Wahlkampfes appellierte Eisenhower in erster Linie an das Gefühl, Stevenson in erster Linie an den Verstand seiner Zuhörer. Zyniker werden bereit sein, darauf zu verweisen, daß «to talk sense» in einem Wahlkampf immer riskant sei. Richtig ist, daß im Anschluß an den letzten amerikanischen Wahlkampf zum Thema: «Das Rationale und Irrationale in der Politik» noch manches mehr zu sagen bliebe.

Kurt v. Schuschnigg

Bericht aus London

Für die Engländer war es nur ein magerer Trost, daß die Amerikaner von dem Ausgang ihrer eigenen Präsidentenwahl keineswegs weniger überrascht wurden als sie selbst. Seit Dr. Gallup und andere «Pollsters» die Kunst, das Gras wachsen zu hören, zu einer exakten Wissenschaft ausgebaut haben, ist man, scheint es, gegen Überraschungen um nichts besser gesichert als in früheren naiveren Zeiten. Die englischen Zeitungsleser waren auch deswegen so schlecht auf den

überwältigenden Sieg Eisenhowers

vorbereitet, weil die meisten amerikanischen Korrespondenten der englischen Presse für seinen Gegner Stevenson eingenommen waren, dessen wohl durchdachte, literarisch gefeilte und oft witzige Reden viel mehr nach ihrem Geschmack waren als die kunstlosere und mehr gefühlsbetonte Beredsamkeit des Generals. Wenn auch niemand die Kühnheit hatte, den Sieg des demokratischen Kandidaten zu prophezeien, so erweckte ihre Berichterstattung doch den Eindruck, daß er keineswegs ausgeschlossen sei. Als nun am Morgen nach der Wahl die 8-Uhr-Nachrichten des BBC verkündeten, daß Stevenson sich bereits als geschlagen bekannt hatte, waren viele enttäuscht und alle überrascht.

Indessen hat man sich in den englischen Zeitungsredaktionen schnell gefaßt. Ausgesprochen kritisch behandelt den erwählten Präsidenten nur die Presse der Labour Party. «Daily Herald», ihre offizielle Tageszeitung, nennt die Wahl Eisenhowers das Ende einer Epoche des Fortschritts, und gibt der Besorgnis vor einer Reaktion, besonders auf sozialpolitischem Gebiet, Ausdruck. Der «New Statesman», die vielgelesene Wochenschrift der sozialistischen Intellektuellen, geht noch weiter. In seinen Augen ist der republikanische Wahlsieg die nachträgliche Rechtfertigung der Kritik der amerikanischen Politik, in der sich besonders der linke Flügel der Partei mit besonderer Vorliebe ergangen hat. Er prophezeit eine Verschlechterung der Beziehungen der Vereinigten Staaten zur Außenwelt, weil dort jetzt diejenigen Männer zur Macht gekommen seien, deren Einfluß auf die amerikanische Politik schon bisher viele Schwierigkeiten hervorgerufen hätte. Diese trübe Stimmung der englischen Sozialisten ist leicht zu verstehen; denn sie haben in der ganzen angelsächsischen Welt jetzt Niederlage auf Niederlage erlitten. In Neuseeland fing es an, setzte sich dann in Australien und vor allem in Großbritannien fort. In den Vereinigten Staaten kann man zwar, streng genommen, nicht von einer Niederlage des Sozialismus sprechen, denn weder die demokratische Partei noch die amerikanischen Arbeiter sind Sozialisten, wohl aber von einem Erfolg der ausgesprochenen Verfechter von «Free Enterprise», der Privatwirtschaft, die doch

nach der sozialistischen Doktrin in den letzten Zügen liegen sollte. Dazu kommt nun noch ein bestimmter Vorgang, der den Sozialisten besondere Kopfschmerzen macht. Stevenson hatte sich vorzugsweise Mühe gegeben, die großen Arbeiterorganisationen für sich zu gewinnen. Zu diesem Zweck war er sogar über die sonst von ihm eingehaltene mittlere Linie hinausgegangen, indem er die völlige Abschaffung des ihnen besonders verhaßten Taft-Hartley-Acts versprach. Darauf haben sie ihm auch ihre Unterstützung in aller Form zugesagt, und selbst die «American Federation of Labour», die bisher streng jede politische Parteinahme vermieden hat, durchbrach ihre Praxis zu seinen Gunsten. Aber die Wahlresultate haben gezeigt, daß die Arbeiter — und ihre Frauen — sich nicht um die Parole ihrer Organisationen gekümmert haben. Damit hat der politische Nimbus der Gewerkschaften einen schweren Schlag erlitten, und die englische Labour Party, die namentlich finanziell sehr stark auf die Gewerkschaften angewiesen ist, kann von dieser Erfahrung nur sehr schmerzlich berührt sein.

Diese Motive fallen natürlich für die nichtsozialistische Presse fort. Soweit auch diese eine etwas vorsichtige und abwartende Haltung einnimmt, drückt sich darin nicht etwa ein Mißtrauen gegen Eisenhower aus, der vielmehr überall herzlich bewillkommnet wird, wohl aber gegen die sog. «Alte Garde» der republikanischen Partei um Senator Taft, über die der General im Juli auf dem Parteikongreß so entscheidend triumphiert hatte. Zwar daß Eisenhower während des Wahlkampfes mit dieser Gruppe nach Möglichkeit freundliche Beziehungen unterhalten hat, nehmen ihm wenigstens diejenigen nicht übel, die das amerikanische Parteisystem kennen. Aber daß ihre Hauptrufer in den Kongreß zurückgekehrt sind, zum Teil sogar mit erhöhten Prestige, wie der den meisten Engländern sehr unsympathische Senator McCarthy, kann doch zu ernsten Besorgnissen Anlaß geben. Man wartet daher mit Spannung darauf, welche Personen der neue Präsident als seine ständigen Berater in sein Kabinett berufen wird. Dafür, daß er selbst gewillt und imstande sein wird, in den großen Fragen der internationalen Politik mit der englischen Regierung zusammenzuarbeiten, spricht deutlich der besonders warme Telegrammwechsel zwischen ihm und Churchill. Man wird auch nicht überhören, mit welchem Nachdruck der englische Premier in seiner Guildhall-Rede seine Befriedigung über Eisenhowers Entschluß aussprach, das Kriegstheater in Korea sich «mit seinen eigenen erfahrenen und scharfsichtigen Augen» anzusehen.

Der Zufall wollte es, daß an demselben Tag, an dem die Amerikaner ihren Präsidenten wählten, auch in England eine

Nachwahl zum Unterhaus

stattfand. Der konservative Abgeordnete für High Wycombe, einen nicht weit von London gelegenen südenglischen Wahlkreis, hatte seinem Vater Lord Astor bei dessen Tod ins Oberhaus nachfolgen müssen. Astor hatte den Wahlkreis dem bisherigen Labourabgeordneten erst 1951 mit einer schwachen Mehrheit entrissen, und es war durchaus fraglich, ob der neue konservative Kandidat, der im Wahlkreis unbekannt war, ihn würde halten können. Tatsächlich gelang ihm nicht nur dies, sondern auch eine Steigerung der konservativen Majorität. Nun soll man die Bedeutung einer einzelnen Nachwahl gewiß nicht überschätzen. Aber in der Woche zuvor hatte eine andere Nachwahl eine unerwartete Verminderung der Labour-Majorität gezeigt. So viel wird man aus den Nachwahlen jedenfalls schließen können, daß die Welle der Unpopularität der Regierung, die bei den Kommunalwahlen im Frühjahr zu Tage getreten war, wieder abgeebbt ist. Das dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß die Wähler einerseits gesehen haben, daß die düsteren Prophezeiungen der Opposition falsch sind, und daß anderseits diese selbst infolge innerparteilicher Vorgänge ihnen weniger anziehend geworden ist. Das Geschrei über «Churchill, den Kriegshetzer» ist nur noch eine peinliche

Reminiszenz für die, welche es ausgestoßen haben. Auch sind weder die Preise noch die Arbeitslosigkeit so gestiegen, wie die Sozialisten zuversichtlich vorhergesagt haben. Anderseits hat die Anziehungskraft der Arbeiterpartei auf die keiner Partei zugeschworenen Wähler abgenommen, seitdem Aneurin Bevan und seine Freunde in ihr an Einfluß gewonnen haben. Ihr Erfolg auf dem Kongreß in Morecambe, besonders die Verdrängung des als Vertreter der gemäßigten Richtung geltenden Herbert Morrison aus der Parteileitung, hat abschreckend gewirkt. In High Wycombe gibt es eine Gruppe von liberalen Wählern, die stark genug ist, um in einem so umstrittenen Wahlkreis das Zünglein an der Waage zwischen den beiden großen Parteien zu bilden. Diesmal hat sich der größte Teil offenbar auf die Seite der Konservativen geschlagen. Viele Liberale haben sich mit einer von Attlee und Morrison geführten Labour Party abgefunden. Aber eine Partei, die von Bevan und Crossman geleitet wird, geht auch für sie über das Erträgliche hinaus.

Während also die liberalen Wähler immer noch eine gewisse politische Bedeutung haben, scheint

die liberale Partei

unaufhaltsam der Zersetzung zu verfallen. Jetzt kehrt ihr auch Megan Lloyd George, die Tochter des letzten liberalen Premierministers, allem Anschein nach den Rücken. Bei der letzten Wahl war sie in ihrem Wahlkreis in Wales, den sie seit 1929 behauptet hatte, durchgefallen und nun hat sie ein Angebot der liberalen Wahlkreis-Organisation, sie wieder aufzustellen, auf das bestimmteste abgelehnt. Sie behauptet, die liberale Partei sei in der jüngsten Zeit zu weit nach rechts gegangen. Nun, das hängt vom Standpunkt des Beschauers ab; man kann auch sagen, daß sie selbst zu weit nach links gegangen ist. Im vorigen Parlament hat sie, wennd es irgend ging, mit der Labour Party gestimmt, und man nimmt allgemein an, daß sie dieser binnen kurzem beitreten wird. Ihr Bruder, Major Gwilym Lloyd George, ist als «Liberal-Konservativer» gewählt worden, und Churchill, der jede liberale Verstärkung begrüßt, hat ihn als Ernährungsminister in seine Regierung genommen. So zeichnet sich in der Entwicklung dieser Familie mit weltberühmtem liberalem Namen das anscheinend unabwendbare Schicksal einer «dritten» Partei in einem Lande, dessen Wahlrecht auf das Zwei-Parteien-System abgestellt ist. Um so ernster sollte man über eine solche Reform des Wahlrechts nachdenken, welche die jetzigen Mängel vermeidet, ohne die Bildung einer kräftigen Regierung zu verhindern, wie es z. B. das Listenwahlrecht unter der Weimarer Republik getan hat.

Die neue Session des Parlaments

ist von der Königin persönlich mit all' dem traditionellen Pomp eröffnet worden, der die Engländer immer wieder daran erinnert, daß ihre grundlegenden Institutionen tief in der Geschichte ihres Landes verwurzelt und innig miteinander verbunden sind. Die Thronrede kündigt nun ein beschränktes Gesetzgebungsprogramm der Regierung an. Sie will diese Session nur dazu benutzen, die Exzesse der Labour-Regierung auf dem Gebiet der Verstaatlichung wieder rückgängig zu machen. Die beiden Vorlagen über die Privatisierung des Landstraßen-Transports und der Eisen- und Stahlindustrie werden auch vermutlich die ganze Zeit in Anspruch nehmen, welche dem Parlament bis zu den Krönungsfeierlichkeiten im Juni für gesetzgeberische Arbeit zur Verfügung steht. Die Labour Party ist entschlossen, nach Möglichkeit um jeden Paragraphen zu kämpfen, und ihre numerische Stärke ist so groß, daß sie das eine ganze Weile fortsetzen kann, bis die Regierung sich gezwungen sieht, von der geschäftsmäßigen Ausnahme-Maßregel der Beschränkung der Diskussion, der sogenannten Guillotine, Gebrauch zu machen. Keine Regierung tut das gern, aber keine kann darauf verzichten.

Die Adreß-Debatte, in welcher das Unterhaus zu der Thronrede Stellung zu nehmen pflegt, zeichnet sich vor anderen Debatten dadurch aus, daß ihr Gebiet fast unbeschränkt ist. Aber zwei volle Tage wurden der Wirtschaftspolitik der Regierung und einem dagegen von der Opposition eingebrachten Tadelsvotum gewidmet. Daß dieser Antrag mit einer die Regierung befriedigenden Mehrheit abgelehnt wurde, war keine Überraschung. Aber bemerkenswert war, wie unsicher und in sich widerspruchsvoll die Argumentation der Opposition war. Die düstere Drohung, daß die konservative Politik die trüben Zustände der Dreißigerjahre zurückbringen werde, ist schon zu oft ausgestoßen worden, als daß sie noch einen großen Eindruck machen könnte. Auch kann der Rückblick in die — in parteipolitischer Verzerrung gesehene — Vergangenheit in keinem Fall das fehlende Zukunftsprogramm ersetzen. Demgegenüber machte die Rede des Schatzkanzlers R. A. Butler einen ausgezeichneten Eindruck, nicht nur, weil er etwas zu sagen hatte, sondern auch wegen der Art, in der er es sagte. Wenn er sich das Verdienst zuspricht, im letzten Augenblick den Bankrott abgewandt zu haben, auf den die Politik der vorigen Regierung mit fataler Sicherheit zusteuerte, so geben ihm die Zahlen der Handels- und Zahlungsbilanz und der Kurs des Pfund Sterlings recht. Butler vermied es aber, diesen Erfolg mit lautem Pathos herauszustreichen. Er sprach mit ruhiger Sachlichkeit sowohl von dem, was schon erreicht ist, wie von dem, was noch in der Zukunft erreicht werden muß. Mit einer den Engländern wohl verständlichen Anspielung auf die so hartnäckig versuchte Bezwingung des Mount Everest nahm er für seine Politik nur in Anspruch, daß man durch sie das Ausgangslager erreicht habe, von dem aus man den wirklich beschwerlichen Teil des Aufstiegs beginnen könne, um wieder Sicherheit und Wohlstand zu erreichen. Diese Tonart entspricht der englischen Vorliebe für das «understatement». Interessant war, daß er sich gegen Kritik nicht nur von der sozialistischen, sondern auch von der konservativen Seite verteidigen mußte. Der laute Ruf nach Herabsetzung der Steuern ist gewiß nicht unbegründet in einem Lande, in dem der normale Steuersatz fast 50% des Einkommens beträgt. Aber wenn die Konservativen, die diesen Ruf ausstoßen, eine drastische Herabsetzung der staatlichen Ausgaben fordern, so beharrt Butler auf dem Standpunkt, dem er auf dem Parteitag in Scarborough Ausdruck gegeben hat, daß eine Herabsetzung im großen Stil nur die Folge einer Änderung der Politik sein könne. Mit anderen Worten, man muß entweder an der Verteidigung oder an den sozialen Ausgaben oder an beiden sparen. Tatsächlich aber werden die diesjährigen Ausgaben für die Landesverteidigung den Voranschlag übersteigen, und hieran wird weder die konservative Regierung noch die konservative Partei etwas zu ändern gewillt sein. Trotzdem bekennt Butler sich auch weiter zu dem Ziel der Steuerherabsetzung, und er konnte wenigstens auf eine erhebliche Verminderung des Beamten- und Angestellten-Personals verweisen, die er bereits erreicht. Das ist gewiß zu begrüßen, aber wie weit es sich einmal in einer Erleichterung der Steuerlast ausdrücken wird, kann erst die Zukunft lehren.

Erich Eyck